

## Niederschrift

zur Präsenzsitzung des Kreisausschusses am Mittwoch, 26.05.2021, 17:30 Uhr,  
im Atrium des Landratsamtes, Haus B, Breitscheidstraße 7 in 15848 Beeskow

Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr                      Sitzungsende: 19:37 Uhr

Folgende Tagesordnung wird bestätigt und danach verfahren

### I. Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.03.2021 - öffentlicher Teil
4. Information des Landrates: Rückzug der KVBB aus den Impfzentren und die möglichen Auswirkungen auf den Landkreis Oder-Spree bzw. die noch nicht geimpften Bürgerinnen und Bürger
5. Verstärkung der Kapazitäten für die Schülerbeförderung im Landkreis Oder-Spree
6. Beratung: Grundhafte Erneuerung der L 452, OD Bahro-Ossendorf-Kummro, Antrag: 10/AfD/2021
7. Beratung: Abbau Stacheldrahtzäune, Antrag: 11/AfD/2021
8. Beratung: Gründung eines Mobilitätsbeirates, Antrag: 12/B90/Grüne/2021
9. Beratung: Modellregionen als Blaupausen aus der Krise, Antrag: 13/CDU/2021

## **N i e d e r s c h r i f t**

zur Präsenzsitzung des Kreisausschusses am Mittwoch, 26.05.2021, 17:30 Uhr,  
im Atrium des Landratsamtes, Haus B, Breitscheidstraße 7 in 15848 Beeskow

Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr                      Sitzungsende: 19:37 Uhr

Folgende Tagesordnung wird bestätigt und danach verfahren

### I. Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.03.2021 - öffentlicher Teil
4. Information des Landrates: Rückzug der KVBB aus den Impfzentren und die möglichen Auswirkungen auf den Landkreis Oder-Spree bzw. die noch nicht geimpften Bürgerinnen und Bürger
5. Verstärkung der Kapazitäten für die Schülerbeförderung im Landkreis Oder-Spree
6. Beratung: Grundhafte Erneuerung der L 452, OD Bahro-Ossendorf-Kummro, Antrag: 10/AfD/2021

7. Beratung: Abbau Stacheldrahtzäune, Antrag: 11/AfD/2021
8. Beratung: Gründung eines Mobilitätsbeirates, Antrag: 12/B90/Grüne/2021
9. Beratung: Modellregionen als Blaupausen aus der Krise, Antrag: 13/CDU/2021
10. Beratung: Bestätigung des aufgestellten Nahverkehrsplanes für den übrigen kommunalen ÖPNV des Landkreises Oder-Spree für den Zeitraum 2021 – 2025 einschließlich der Anlagen, Beschlussvorlage: 012/2021
11. Beratung: Hauptamtliche Unterstützung für Ehrenamtliche - Engagement-Stützpunkt Oder-Spree als Anlauf- und Beratungsstelle erhalten, Beschlussvorlage: 021/2021
12. Beratung: Baubeschluss zur baulichen Realisierung des grundhaften Ausbaus der K 6704, Abschnitt 020, freie Strecke Abzweig Vorwerk Bomsdorf – Schwerzko, Beschlussvorlage: 023/2021
13. Beratung: Prioritätenliste für den Investitionsbedarf des Landkreises Oder-Spree im Zeitraum 2022 bis 2025 ff, Beschlussvorlage: 024/2021
14. Sonstiges

## **II. Nichtöffentlicher Teil:**

1. Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.04.2021 - nichtöffentlicher Teil
2. Kreisausschuss als Vergabeausschuss
  - 2.1. Beratung und Beschlussfassung: Vergabe von Bauleistungen für die grundhafte Erneuerung der K 6744 (020) - OD Kolpin
  - 2.2. Beratung und Beschlussfassung: Wartung, Unterhaltung und Instandsetzung der Festzauntrassen ASP im Landkreis Oder-Spree
  - 2.3. Beratung und Beschlussfassung: Wartung, Unterhaltung und Instandsetzung der e-Zauntrassen ASP im Landkreis Oder-Spree  
- abgesetzt -

## **I. Öffentlicher Teil:**

### **Zu TOP 1      Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende, Herr Lindemann, begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die 16. Sitzung des Kreisausschusses. Die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

**zugestimmt**

### **Zu TOP 2      Bestätigung der Tagesordnung**

Folgende Tagesordnungspunkte wurden eingefügt:

TOP 4 – aus gegebenem Anlass: Information des Landrates: Rückzug der KVBB aus den Impfzentren und mögliche Auswirkungen auf den Landkreis Oder-Spree bzw. die noch nicht geimpften Bürgerinnen und Bürger;

TOP 5 – Verstärkung der Kapazitäten für die Schülerbeförderung im Landkreis Oder-Spree  
(auf Antrag der Fraktion DIE LINKE.PIRATEN);

TOP 14 – Sonstiges.

Der TOP 2.3. im nichtöffentlichen Teil der Sitzung wurde abgesetzt.

Um Abstimmung über die Tagesordnung wird gebeten.

***einstimmig zugestimmt***

**Zu TOP 3            Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.03.2021  
- öffentlicher Teil**

Einwendungen liegen nicht vor; um Abstimmung wird gebeten.

***einstimmig zugestimmt***

*Enthaltung 1*

#### **Zu TOP 4 Information des Landrates: Rückzug der KVBB aus den Impfzentren und die möglichen Auswirkungen auf den Landkreis Oder-Spree bzw. die noch nicht geimpften Bürgerinnen und Bürger**

Herr Lindemann informiert die Anwesenden über die Situation bezüglich der drohenden Außerbetriebnahme der Impfzentren Schönefeld und Frankfurt (Oder).

Die im Rahmen des letzten Impfgipfels thematisierte Frage eines möglichen Ausstiegs der KVBB aus den Impfzentren des Landes spitze sich offensichtlich dahingehend zu, dass inzwischen sehr konkret über die Schließung der in Bezug genommenen Impfzentren gesprochen worden sei.

Er wisse sich mit den Bürgermeistern und Amtsdirektoren des Landkreises einig und betrachte diesen Schritt als eine sehr ernste Angelegenheit, die den Landkreis und seine Bevölkerung einschneidend betreffen könnte. Es sei bekannt, dass Landkreis Oder-Spree über kein eigenes Impfzentrum verfüge – was für sich genommen bereits zu einem erheblichen kommunalpolitischen Ärgernis geführt habe und sich nunmehr in weiterer Weise benachteiligend auf das Impfen im Landkreis Oder-Spree auszuwirken drohe.

Wenn man der offiziellen Statistik glauben dürfe, seien in Brandenburg inzwischen rund 35 % der Bevölkerung mit einer Erstimpfung versehen und etwa 20 % der Bürgerinnen und Bürger hätten bereits eine Zweitimpfung erhalten.

Der Landkreis Oder-Spree verfüge über 182.000 Einwohner. Rein rechnerisch betrachtet würde das bedeuten, dass weit über 100.000 Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Oder-Spree noch keinen vollständigen Impfschutz genießen würden. Neben dem Gesundheitsschutz knüpften sich an die Impfung aber auch die Betätigung wichtiger Freiheitsrechte.

Da trotz wiederholter Nachfrage bis heute weder die KVBB noch die Landesregierung belastbare Daten zum Impfen im Landkreis Oder-Spree zur Verfügung stellen konnten und die KVBB auch offensichtlich keinen Überblick über die Anzahl der in das Impfgeschehen einbezogenen bzw. noch impfwilligen Ärzte habe, sei der Landkreis diesbezüglich seit Wochen einem chaotischen und intransparenten Impfmanagement ausgesetzt.

Statt die Probleme jetzt zügig zu bereinigen, müsse man aber feststellen, dass die handelnden Akteure durch ihr Zutun die Dinge immer weiter zuspitzten. Bürgerinnen und Bürger würden immer wieder in den Arztpraxen abgewiesen, einerseits, weil nicht genügend Impfstoff vorhanden sei, andererseits, weil sie nicht Patient seien. Die von ärztlicher Seite erhobenen Einwände gegen den ungesteuerten Zugang würden von den Verantwortlichen vom Tisch gewischt. Gegenwärtig stehe an, dass die Prioritätensetzung in Kürze aufgehoben werde. Der Bundesgesundheitsminister habe in der vergangenen Woche, obwohl die Zulassung noch aussteht, ein Impfangebot für Kinder angekündigt.

In diesem Zusammenhang erstaune es doch schon, dass man quasi gegenläufig eingefahrene Impfstrukturen abbaue, ohne sich zuvor einer tragfähigen Auffanglösung versichert zu haben.

Der Not gehorchend sei nach dem Rückzug der KVBB den Belegenheitskommunen nun die Übernahme der Impfzentren angedient worden. – So jedenfalls sei Staatssekretär Ranft am Freitag, den 22. Mai, in der Telefonschaltkonferenz mit dem Stab zu verstehen gewesen. Herr Lindemann hätte darauf hingewiesen, dass dieser Lösungsweg für den Landkreis Oder-Spree nicht nur eine weitere Zumutung darstelle, sondern eine veritable Rechtsverletzung, denn offensichtlich überantworte man das Schicksal der Bürgerinnen und Bürger in punkto Impfen den Entscheidungsträgern im Landkreis Dahme-Spreewald bzw. in der Stadt Frankfurt (Oder). Es handle sich bei der in Rede stehenden Frage aber nicht um eine beliebige Organisationsentscheidung. Beim Impfen handle es sich vielmehr um eine sozialstaatliche Aufgabe, für die die Landesregierung folgerichtig stets die Gewährleistungsverantwortung für sich reklamiert habe.

Das MSGIV sei nach der Impfverordnung verpflichtet, ein durchgängiges und wirksames System des Impfens zu etablieren und müsse sich im Hinblick auf die Grundrechtsrelevanz hier systemgerecht verhalten.

Das bedeute unter anderem, dass bezogen auf alle Gebietskörperschaften, ein ermessensfehlerfreies Zuteilungsermessen auszuüben sei, welches sowohl die Freiheitsrechte der Bürger als auch die rechtlichen Belange der Gebietskörperschaft zu wahren hätte.

Aus Gründen der Schadensbegrenzung habe er sich, nachdem der Landrat des Landkreises Dahme-Spreewald, Herr Loge, in der in Bezug genommenen Telefonschaltkonferenz am 22. Mai deutlich erklärt hätte, er werde das in seinem Landkreis etablierte Impfzentrum nicht übernehmen, an den Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt (Oder) gewandt, um hier eine Lösung für den Landkreis Oder-Spree zu suchen. Seitens des Oberbürgermeisters Wilke sei auch eine grundsätzliche Bereitschaft signalisiert worden, über die alternative Weiterführung gemeinsam nachzudenken. Allerdings blicke auch die Stadt Frankfurt (Oder) diesbezüglich noch auf viele ungeklärte Fragen, was die konkreten Rahmenbedingungen einer Fortführung des Impfzentrums anbelange.

Um die Möglichkeit zu erhalten, dem Kreistag ein tragfähiges Auffangkonzept unterbreiten zu können, hätte Herr Lindemann darum gebeten, bis zur nächsten Kreistagssitzung am 9. Juni 2021 unter Zurverfügungstellung belastbarer Daten darzulegen, wie man gegebenenfalls auch ohne die derzeit noch betriebenen Impfzentren der Gewährleistungsverantwortung für das Impfen auch im Landkreis Oder-Spree gerecht werden wolle.

Er sei darum bemüht, die Dinge sachlich und möglichst konfliktarm zu klären und erwarte in diesem Sinne eine entsprechende Reaktion von Seiten der Landesregierung.

Im Anschluss gibt Frau Zarling Auskunft über die aktuellen Zahlen zum Impfgeschehen und die avisierten Impfstofflieferungen.

### **zur Kenntnis genommen**

## **Zu TOP 5 Verstärkung der Kapazitäten für die Schülerbeförderung im Landkreis Oder-Spree**

Herr Dr. Pech erläutert die Dringlichkeit des eingebrachten Themas bzw. TOPs und nimmt Bezug auf die bereits im Vorfeld geführte Diskussion, dass bei der Schülerbeförderung die Mindestabstände unter Pandemiebedingungen nicht eingehalten werden konnten und die Busse bei normaler Beschulung überfüllt gewesen seien. Seit März gebe es eine Regelung des Landes hinsichtlich der zur Verfügung Stellung von zusätzlichen Mitteln für die Erweiterung von Kapazitäten und des Genehmigungsverfahrens für den Einsatz von Reisebussen für die Schülerbeförderung. Aus den Medien hätte man entnehmen können, dass ab dem 31.05.2021 der Regelbetrieb in den Schule wieder beginne, was bedeute, dass die Kapazitäten voll in Anspruch genommen werden würden. Es stelle die Frage, welche Möglichkeiten bzw. Maßnahmen eingeleitet wurden oder eingeleitet werden könnten, um die vom Land zusätzlich zur Verfügung gestellten Mittel im Landkreis für die Entspannung in der Schülerbeförderung zu nutzen.

Beantwortend teilt Herr Buhrke mit, dass zu beachten sei, dass nicht die Richtlinie und die finanziellen Mittel das Problem darstellten, sondern dass seitens der Unternehmen (ausschließlich Busunternehmen) derzeit geprüft werde, welche Zusatzleistungen generiert werden könnten. Bei Bereichen mit starker Auslastung gebe es das praktische Problem, dass nicht genügend Busse und Kraftfahrer zur Verfügung stünden. Es sei bereits bei in Frage kommenden Unternehmen angefragt worden, jedoch müsse berücksichtigt werden, dass bei Erleichterung der Pandemiebeschränkungen Reisebusse wieder verstärkt in die Urlaubssaison starten würden. Eine abschließende Klärung stehe aus.

Frau Zarling ergänzt, dass bekannt gegeben worden sei, dass aufgrund der Inzidenz-Zahlen ab 31.05.2021 der Unterricht in den Grundschulen und ab 07.06.2021 in den weiterführenden Schulen wieder möglich sei.

Herr Dr. Pech bittet darum, in den Geschäftsbericht des Landrates in der Kreistagssitzung am 09.06.2021 weitere Informationen zu diesem Thema einzuarbeiten.

### ***zur Kenntnis genommen***

#### **Zu TOP 6            Beratung: Grundhafte Erneuerung der L 452, OD Bahro-Ossendorf-Kummro, Vorlage: 10/AfD/2021**

Frau Stahl ergreift das Wort und informiert, dass sie als Einwohnerin der Gemeinde Ossendorf beauftragt worden sei, für die Gemeinde diesen Antrag zu stellen. Es sei bekannt, dass es sich hier um eine Landesstraße handle und es werde gefordert, den Streit zwischen Landesregierung, Landkreis und Gemeinde Neu-Zelle beizulegen, um endlich eine Sanierung der Straße herbeizuführen. Sie bitte um Klärung der Zuständigkeit, da die Straße eine Zumutung bei der täglichen Benutzung darstelle und es bereits gravierende Unfälle gegeben habe. Um an das Gewissen zu appellieren, stelle sie den Antrag auf namentliche Abstimmung.

Herr Papendieck stellt dar, dass bekannt sei, dass der Zustand der Landesstraßen insgesamt ein Problem darstelle. Jedoch sehe er die Zuständigkeit der Landesregierung als gegeben und denke, dass durch eine namentliche Abstimmung im Kreisausschuss das Problem nicht geklärt werden könne, zumal im Kreistag die Beschlüsse zu fassen seien.  
Er bitte darum, dass die Fraktion der AfD über ihre Abgeordneten im Landtag diesen Antrag dort einbringen.

Herr Dr. Zeschmann ergänzt, dass auch er den Zustand der Landesstraßen unhaltbar sehe. Eine Lösung könne aber nur über einen Antrag im Landtag und in Gesprächen mit dem Ministerium f. Infrastruktur und Landesplanung angestrebt werden, um eine grundsätzliche Handhabung der Sanierung der Landesstraßen zu verändern.

Herr Schroeder schließt sich an; man müsse generell den schlechten Zustand der Landesstraße betrachten und nicht – wie hier im Antrag – eine einzige, was jedoch nicht Thema des Kreistages sei.

Herr Dr. Stiller greift das jahrelang bestehende Problem des katastrophalen Zustandes der Ort-durchfahrt in Herzberg auf, was alles andere in den Schatten stelle und als Verbrechen bezeichnet werden könne. Er ermuntere jedoch den Landkreis dazu, sich gemeinsam mit allen Fraktionen an die Landesregierung zu wenden und klarzustellen, dass die Landesstraßen ein gravierendes Problem darstellen.

Frau Stahl wirft die Frage auf, warum die Straße nicht als Kreisstraße übernommen werden könne und ob dazu bereits ein Gespräch stattgefunden habe.

Herr Gehm teilt mit, dass Gespräche zur Übernahme des „Grünen Netzes“ mit dem Landesbetrieb bzw. der Landesregierung geführt worden seien. Jedoch gehöre die L 452 nicht dazu, da die Wahrscheinlichkeit bestehe, dass hier eine Herabstufung zur Gemeindestraße vorgenommen werden müsste. Konkrete Vorschläge zur Übernahme seien unter Einbringung moderater Forderungen unterbreitet worden. Dazu gehöre z. B., dass eine Einstandspflicht erfolgen müsse, was bedeute, dass der abgebende Straßenbaustraßen-Träger die Straßen in einen Zustand versetze, dass sie der künftigen Straßenkategorie vom Ausbau entsprechen. Da dies aus personellen Gründen von anderer Seite nicht möglich gewesen sei, habe man weiterhin den Vorschlag unterbreitet, bei einer vollständigen Ausfinanzierung die Baumaßnahmen selbst durchzuführen, um den Ausbau den Straßen zu beschleunigen. Durch das Problem der Coronapandemie fehlten dem Land jedoch derzeit die finanziellen Mittel, um dieser Einstandspflicht nachzukommen. Seitdem liege das Angebot beim Land und der Landkreis habe das Problem immer wieder angestoßen. Einzelne Abwicklungsmodalitäten müssten noch geklärt werden.

Herr Fachtan bittet, das Problem der Landesstraßen nicht weiter zu ignorieren und kommunal zu thematisieren, da die Landesregierung 20 Jahre die Straßen vernachlässigt hätte, jedoch die Bürger diese Straße tagtäglich nutzen müssten. Er begrüße das in den Ausführungen von Herrn Gehm unterbreitete Angebot an die Landesregierung und fragt nach, ob auch die L 452 in das Paket aufgenommen werden kann.

Herr Gehm beantworte, dass das von Seiten des Straßenrechtes nicht zulässig sei.

- Pause -

Herr Dr. Pech bittet um Klarstellung. Es handele sich um Probleme, die in der Kompetenz des Landes liegen würden. Der Kreistag könne beschließen, dass die Kreisverwaltung bzw. der Landrat aufgefordert wird, in dieser Sache gegenüber dem Land aktiv zu werden. Diese Zusage liege bereits vor und es sollte im Auge behalten werden, ob dem nachgekommen werde. Weitere Beschlussfassungen wären daher unnötig.

Herr Lindemann fragt nach, ob die Fraktion der AfD sich damit einverstanden erklären könne, dass er im Sinne des Antrages mit dem zuständigen Amtsdirektor Kontakt aufnehme und gemeinsam mit Herrn Gehm nochmals an das Land herantrete.

Frau Stahl betont, dass sie befürchte, dass das Thema in Vergessenheit gerate und dass sie in der Beschlussfassung eine Motivation zur Behandlung des Themas und eine Kontrollfunktion sehe. Sie sehe es notwendig, dass sich der Landrat und Bürgermeister dazu verständigen.

Um Abstimmung über den Antrag wird gebeten.

**Mehrheitlich abgelehnt**  
*Ja 4 Nein 5 Enthaltung 3*

#### **Zu TOP 7      Beratung: Abbau Stacheldrahtzäune, Vorlage: 11/AfD/2021**

Frau Stahl erläutert den Inhalt des Antrages und zieht dabei Parallelen zu anderen Ländern. Das Thema sollte sensibilisiert werden.

Der Vorsitzende schlägt vor, gemeinsam mit Frau Teltewskaja auf die Verantwortlichen zuzugehen; ein entsprechendes Schreiben würde den Abgeordneten zur Kenntnis gereicht.

Herr Dr. Stiller merkt an, dass ersichtlich sei, dass der Antrag bereits zurückgezogen worden sei.

Herr Fachtan teilt daraufhin mit, dass der Antrag nur im Ausschuss für Ländliche Entwicklung und Kreisentwicklung zurückgezogen worden sei.

Herr Lindemann bezieht sich auf seine Ausführungen; Frau Stahl sei mit seinem Vorschlag einverstanden gewesen.

**zurückgezogen**

**Zu TOP 8      Beratung: Gründung eines Mobilitätsbeirates**  
**Vorlage: 12/B90/Grüne/2021**

Frau Grabs führt zum Antrag aus, dass sie der Auffassung sei, dass das umfangreiche Thema im Fachausschuss für Ländliche Entwicklung und Kreisentwicklung nicht ausreichend behandelt werden könne. Als Beispiel nennt sie den im Vorfeld besprochenen Bereich der Schülerbeförderung. Es bedürfe einer Expertise, um die Mobilität zukunftsfähig zu gestalten.

Frau Teltewskaja teilt daraufhin mit, dass sie der Gründung eines Beirates nicht entgegenstehe, jedoch darum bitte, das sich im Ausschuss für Ländliche Entwicklung und Kreisentwicklung bereits in Arbeit befindliche Mobilitätskonzept abzuwarten. Es seien 10 Workshops geplant, bei denen Betroffene und Interessenten an der Erarbeitung des Konzeptes beteiligt seien. Aus den Reihen der Mitwirkenden könne sich dann der Beirat bilden.

Frau Grabs fragt nach, welchen zeitlichen Rahmen die Workshop-Serie in Anspruch nehmen wird.

Frau Teltewskaja erläutert die geplanten Abschnitte (Eruierung, Vorstellen der Zwischenergebnisse usw.) und avisiert den Abschluss für Sommer 2022. In diesem Rahmen sei auch die Ausschreibung erfolgt.

Auf Nachfrage teilt Frau Grabs mit, dass sich das Ziel realistisch anhöre und sie es als vorteilhaft ansehe, auf diesem Weg Fachleute zu gewinnen und einzubeziehen. Nach Ablauf des Jahres würde sie das Thema wieder aufgreifen.

Um Abstimmung wird gebeten.

***zurückgestellt***

*Ja 9 Nein 1 Enthaltung 4*

**Zu TOP 9      Beratung: Modellregionen als Blaupausen aus der Krise**  
**Vorlage: 13/CDU/2021**

Herr Schroeder geht auf den Antrag ein und merkt an, dass dieser wegen des schnellen Fortschritts auf dem Laufenden gehalten werden müsse. Er sehe in der Beschlussfassung ein unterstützendes Zeichen seitens des Kreistages an die territorialen Branchen, vor allem die Tourismusbranche.

Herr Dr. Stiller ergänzt, dass er den Antrag zwar vorteilhaft für die Region sehe, bittet aber um umfassende Einbeziehung des gesamten Landkreises, um nicht einzelne Bereiche zu benachteiligen.

Um Abstimmung über den Antrag wird gebeten.

***Mehrheitlich zugestimmt***

*Ja 7 Nein 3 Enthaltung 1*



**Zu TOP 10      Beratung: Bestätigung des aufgestellten Nahverkehrsplanes für den übrigen kommunalen ÖPNV des Landkreises Oder-Spree für den Zeitraum 2021 – 2025 einschließlich der Anlagen, Vorlage: 012/2021**

Herr Dr. Pech verweist auf die eingebrachten Änderungsanträge in Vorbereitung auf die Beratung in der Kreistagssitzung am 09.06.2021.

Weitere Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

***Mehrheitlich zugestimmt***  
*Ja 12 Nein 1 Enthaltung 1*

**Zu TOP 11      Beratung: Hauptamtliche Unterstützung für Ehrenamtliche - Engagement-Stützpunkt Oder-Spree als Anlauf- und Beratungsstelle erhalten Vorlage: 021/2021**

Frau Teltewskaja geht auf den Inhalt ein, da dem Thema in der jetzigen Situation besondere Bedeutung zukomme. Im vergangenen Jahr sei das Ehrenamt seitens des Landes gefördert worden und überlegt worden, ob weitere Modelle für die Region übernommen werden sollten oder ausreichend vorhanden seien. Im Ergebnis stellte sich heraus, dass der Stützpunkt eine sinnvolle Ergänzung darstelle, um eine Koordinierung und Zentralisierung zu erreichen. So sei im Rahmen der Förderung im Mai 2020 eine Ehrenamtsbeauftragte eingestellt worden, zwar begrenzt bis Dezember 2020, aber mit der Zusage der Landesregierung auf Verlängerung auf weitere fünf Jahre, die nunmehr wegen des Pandemiegeschehens im Haushaltsausschuss des Landtages nicht mehr bewilligt und zurückgezogen worden sei. Somit würde die bisherige Unterstützung der Ehrenamtler wegfallen. Als besonders wichtiger Teil der Unterstützung habe sich die Rechtsberatung der Vereine herausgestellt.

Herr Dr. Zeschmann ergänzt, dass er die Beschlussfassung des Landtages trotz Antrag seiner Fraktion nicht positiv beeinflussen konnte und das Ergebnis bedaure. Er sehe jedoch im ehrenamtlichen Engagement einen Multiplikator-Effekt, der mit staatlichen Mitteln nicht erreicht werden könne und gebe hierfür seine Zustimmung.

Herr Papendieck merkt an, dass bereits Abstimmungen mit anderen Landkreisen bezüglich der Beschlussfassung im Landtag stattgefunden hätten, jedoch sei bisher kein positives Signal seitens des Landes erkennbar, was jedoch abgewartet werden sollte.

Um Abstimmung wird gebeten.

***Mehrheitlich zugestimmt***  
*Ja 5 Nein 4 Enthaltung 1*

**Zu TOP 12      Beratung: Baubeschluss zur baulichen Realisierung des grundhaften Ausbaus der K 6704, Abschnitt 020, freie Strecke Abzweig Vorwerk Bomsdorf – Schwerzko, Vorlage: 023/2021**

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

***einstimmig zugestimmt***

**Zu TOP 13      Beratung: Prioritätenliste für den Investitionsbedarf des Landkreises  
Oder-Spree im Zeitraum 2022 bis 2025 ff, Vorlage: 024/2021**

Herr Buhrke erläutert die Änderung der Prioritätenliste, die sich im Ergebnis der Beratung des Ausschusses Bauen, Ordnung und Umwelt ergeben habe.

Herr Dr. Stiller nimmt Bezug auf die Diskussion im Bildungsausschuss, ein Projekt des Schulumbaus sei umstritten gewesen. Die Fakten wären nicht ausreichend gewesen, um das Projekt zu bestätigen. Diesbezüglich habe er sich mittels Anfrage an den Landrat gewandt, um bis zum Kreistag eine Erläuterung zu erhalten. Erst nach Vorlage der Fakten könne er abstimmen.

Herr Lindemann sagt eine Beantwortung unter Einbeziehung der Schule und des Schulamtes bis zur Kreistagssitzung zu.

Herr Dr. Zeschmann geht auf drei Bauvorhaben zu Verwaltungsgebäuden ein. Er sehe, auch unter Bezugnahme auf die Diskussion im Bildungsausschuss, die erwähnte Gestaltung von Außenanlagen als zweitrangig und halte diese erst nach erfolgter Fertigstellung der Bauvorhaben für notwendig.

Herr Buhrke erläutert dazu, dass es sich nicht um eine Verschönerung von Außenanlagen in diesem Sinne handele, sondern z. B. im Bereich des FKTZ um Erneuerung der Übungsanlagen für den Katastrophenschutz. Eine Grundlage stelle hierbei der abgeschlossene Vertrag mit dem THW dar, das hier mit untergebracht sei. Des Weiteren betreffe es die Übungsanlagen für die Feuerwehr.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung.

***einstimmig zugestimmt***  
*Ja 11 Enthaltung 3*

**Zu TOP 14      Sonstiges**

Herr Dr. Pech ergreift das Wort und weist auf das Thema der Ortsumgehung von Erkner hin, worüber man sich bereits vor einem Jahr im Kreistag verständigt habe. Neuste Pressemeldungen bezüglich der Landesentscheidungen, dass eine Ortsumgehung nicht errichtet werden soll, würden irritieren. Er stelle die Pressemeldungen in Frage, bittet aber um Klärung, wie sich der tatsächliche Sachverhalt gestalte. Sollte sich die Pressemeldung bestätigen, sehe er die Notwendigkeit, seitens des Kreistages in seiner Sitzung mit einer EntschlieÙung zu reagieren. Zum jetzigen Zeitpunkt wären Klärungen möglich und sei der Kreistag gefordert.

Herr Dr. Zeschmann berichtet, dass er bereits im Dialog mit dem Infrastrukturausschuss des Landtages und mit Herrn Beermann stehe und um Klärung gebeten habe. Ebenso habe er dort Umwelt schonendere Vorschläge unterbreitet, die sich noch in der Prüfung befänden. Das betreffe u. a. die Möglichkeit einer weiteren Anbindung zur Autobahn.

Herr Lindemann greift den Vorschlag, das Thema im Kreistag zu behandeln, auf und sieht hier durchaus die Möglichkeit, seine eigenen Bemühungen in Gestalt einer Resolution zu unterstützen.

Herr Gehm erläutert seinen Kenntnisstand nach Gesprächen mit dem Ministerium bezüglich der Infrastrukturanbindungen, da die Pressemitteilung bei allen ein Erstaunen auslöst hätte. Im Vorfeld hätte man sich unter Beteiligung aller Betroffenen und unter Abwägung aller Vorschläge darauf geeinigt, dass eine Lösung herbeigeführt werden müsse, ohne eine Möglichkeit zu favorisieren. Die gesetzten Prioritäten hätten sich auf die direkte Anbindung der Tesla-Fabrik zur Autobahn bezogen, um ein Verkehrschaos zu verhindern. Weiterhin müsse nach Varianten gesucht werden, die bestehenden Verkehrsprobleme im erweiterten Verflechtungsraum zu lösen. Unglücklich sei zu betrachten, dass die planerischen Ergebnisse der Gespräche zwischen dem Bürgermeister, Herrn Pilz, und Herrn Beermann an anderer Stelle, außerhalb der kommunalen Ebene, vorgelegt worden seien. Es sei daher darum gebeten worden, das Thema noch einmal aufzugreifen und transparent zu gestalten. Diesbezügliche Einladungen zur AG Infrastruktur der Steuerungsgruppe, in der der aktuelle Stand dargelegt werden soll, würden derzeit verschickt. Hier könnten die Vorschläge noch einmal diskutiert und verhandelt werden. Entsprechende Informationen an den Kreistag sage er zu.

### ***zur Kenntnis genommen***

Der Vorsitzende beendet den öffentlichen Teil der Sitzung und schlägt vor, nach einer kurzen Pause und trotz Ablauf der vorgesehenen Beratungszeit, den nichtöffentlichen Teil durchzuführen.

Herr Schroeder moniert diese Vorgehensweise.

Daher wird um Abstimmung gebeten.

Abstimmungsergebnis: Ja: Mehrheit, Nein: 1, Enthaltung: 0

***Mehrheitlich zugestimmt.***

Rolf Lindemann  
Vorsitzender des  
Kreisausschusses

Sina Ziesmer  
Protokollantin